

Beschluss- (Resolutions-)-Antrag

der GemeinderätInnen Erich VALENTIN, Mag. Josef Taucher, Kathrin Gaal, Mag. Gerhard Spitzer, Waltraud Karner-Kremser, MAS, Mag^a Nina Abrahamczik, Ernst Holzmann, Friedrich Strobl (SPÖ), Mag. Rüdiger Maresch und Drⁱⁿ Jennifer Kickert (Grüne)

eingebraucht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 20. November 2017 zu Post Nr. 1 (Spezialdebatte Umwelt und Wiener Stadtwerke) der Tagesordnung

betreffend „Verbleib des Umweltbundesamtes in Wien“

Begründung:

Seit 1990 befindet sich der Sitz des Umweltbundesamtes im 9. Wiener Gemeindebezirk an der Spittelauer Lände. Derzeit sind rund 500 MitarbeiterInnen im Umweltbundesamt beschäftigt.

Im Umweltkontrollgesetz (§5 Abs. 4) ist klar geregelt, dass sich der Sitz des Umweltbundesamtes in Wien befindet.

Dessen ungeachtet will ÖVP-Minister Dipl.-Ing. Andrä Rupprechter nun den Standort unter dem Deckmantel „Stärkung des ländlichen Raums“ von Wien nach Klosterneuburg übersiedeln. Die MitarbeiterInnen haben aus den Medien erfahren, dass sie künftig zu PendlerInnen werden. Sie wehren sich gegen die Vorgangsweise.

Die Kostenschätzung für diese Übersiedlung belaufen sich auf bis zu 50 Mio Euro an Steuergeldern. Der Schaden für die Umwelt durch zusätzlichen Pendlerverkehr wäre enorm.

Die von Minister Rupprechter argumentierte Stärkung des ländlichen Raums, also die Stärkung strukturschwacher Regionen, ist nicht nachvollziehbar. Ganz im Gegenteil. Das geplante Vorhaben wirkt sich negativ auf den geplanten Standort aus. Die Stadt Klosterneuburg leidet aufgrund ihrer hohen Urbanität schon heute unter einem sehr hohen Immobilienpreisdruck, befindet sich im sog. „Speckgürtel“ von Wien und wird daher in der Bevölkerung auch als der „24. Bezirk von Wien“ bezeichnet.

Auch das von Minister Rupprechter ins Treffen geführte Argument für eine Übersiedlung der Behörde, wonach der Großteil der BundesbeamtInnen in Wien arbeite, ist nicht haltbar. Derzeit sind rund 44.100 Beschäftigte des Bundes oder 33 Prozent in Wien tätig, Niederösterreich liegt mit 21.200 Beschäftigten oder 16 Prozent an zweiter Stelle.

Die Stadt Wien bemüht sich intensiv, um den Erhalt des Umweltbundessamtes in Wien und hat dem zuständigen Umweltminister Rupprechter 13 konkrete Standorte in Wien angeboten. Darunter sind auch innerstädtische Orte, alle sind öffentlich gut erreichbar.

Unter den Angeboten befinden sich neben mehreren Standorten in der Seestadt Aspern u.a. Flächen in der Eichenstraße, in Neumarx, in der Döblerhofstraße nahe Gasmeter sowie je eine in der Schottengasse und in der Erdberger Lände.

Bedauerlicherweise hat Minister Rupprechter bis heute nicht auf die attraktiven Angebote reagiert, mit der Stadt wurde auch im Vorfeld nicht über die geplante Absiedelung gesprochen.

Die gefertigten GemeinderätInnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung den Gemeinderat folgenden

Beschluss- (Resolutions-)-Antrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert Bundesminister Dipl.-Ing. Andrä Rupprechter im Interesse aller Beteiligten auf, allen voran der Belegschaft des Umweltbundesamtes, aber auch im Interesse der österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, dass er die von der Stadt Wien angebotenen Standorte ernsthaft prüft und mit der Stadt Wien in ernsthafte Gespräche dazu tritt, um die Bundesbehörde auch künftig in Wien zu erhalten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 20. November 2017

[Handwritten signatures: Michaela Glöckner, Michaela Glöckner, Michaela Glöckner, Michaela Glöckner, Michaela Glöckner, Michaela Glöckner, Michaela Glöckner, Michaela Glöckner, Michaela Glöckner, Michaela Glöckner]

